

Merseburger Kreisblatt



Abonnementspreis: Vierteljährlich bei den Anzeigen 1,20 Mk., in den Ausgaben 1,30 Mk., beim Vorbezug 1,50 Mk., mit Beilagen 1,92 Mk. Die einzelne Nummer wird mit 15 Pf. berechnet. — Die Expedition ist an Wochentagen von früh 7 bis abends 7, an Sonntagen von 8^{1/2} bis 9 Uhr geöffnet. — **Spezialdruck** der Redaktion abends von 6^{1/2} bis 7 Uhr. — Telephonruf 274.

Anzeigengebühren: Für die 5gepalte Korpuszeile oder deren Raum 20 Pf., für private in Merseburg und Umgebung 10 Pf. Für periodische und größere Anzeigen entsprechende Ermäßigung. Komplizierter Satz wird entsprechend höher berechnet. Notizen und Notizen außerhalb des Inlandsteils 40 Pf. — Sämtliche Annoncen-Bureaus nehmen Inlandsteil entgegen. — Telephonruf 274.

Tageblatt für Stadt und Land

(Amtliches Organ der Merseburger Kreisverwaltung und Publikationsorgan vieler anderer Behörden.)

Für die Redaktion verantwortlich: Rudolf Heine.

Gratisbeilage: „Illustriertes Sonntagsblatt“.

Druck und Verlag von Rudolf Heine, Merseburg.

Der Nachdruck der amtlichen Bekanntmachungen und der Merseburger Lokal-Nachrichten ist ohne Vereinbarung nicht gestattet.

Nr. 52.

Sonnabend, den 2. März 1912.

152. Jahrgang.

Deutschlands Aufgaben in Afrika.

Vom Kaiserl. Legationsrat a. D. Frhrn. v. Richthofen, M. d. R.
Wenn man die Karte Afrikas betrachtet, so will es an sich als etwas Verlehetes erscheinen, noch heutzutage von einer Aufteilung Afrikas zu sprechen. Bis vor kurzer Zeit gab es neben dem Kolonialbesitz europäischer Staaten, welcher ungefähr 90 Prozent des Schwarzen Erdteils bedeckt, noch drei selbständige afrikanische Staaten: Marokko, Abyssinien und Liberia. Das erstere Land darf man nun wohl definitiv dem französischen Kolonialbesitz zurechnen, und Abyssinien und Liberia dürften wohl auch für kommende Zeiten für sich den Ruhm in Anspruch nehmen, ihre Unabhängigkeit allen gegen dieselbe gerichteten Versuchen europäischer Mächte zum Trotz für eine dauernde Zukunft bewahrt zu haben. Das Bergland Abyssinien ist für europäische Truppen schwer zugänglich, und der freilich von seinen Bewohnern gegen die Italiener geführte Kampf hat Europa gezeigt, daß in diesem an aller Art von natürlichen Schätzen vielfeicht mit am reichsten Lande Afrikas ausschließlich friedliche Eroberungen gemacht werden können. Die Republik Liberia verdankt ihrer Unabhängigkeit wohl weniger dem Helmut ihrer Einwohner als vielmehr der Tatsache, daß über 10 Millionen schwarze Stammesgenossen ihre zweite Heimat in den Vereinigten Staaten nach Amerika gefunden haben und sich ihr Einfluß auf die amerikanische Regierung als ausreichend herausgestellt hat, um dieselbe zu bewegen, ihre mächtige Hand schützend über diesen kleinen Fleck afrikanischer Erde zu breiten. Alles übrige ist europäischer Kolonialbesitz.

Bei dieser Sachlage könnte man an sich annehmen, daß Afrika in der internationalen Politik kommender Jahrzehnte nur eine verhältnismäßig untergeordnete Rolle spielen wird. Dem Frieden der Welt könnte an sich hiermit nur gebient sein; die Rechnung stimmt aber aus dem Grunde nicht, weil rund 4 1/2 Millionen Quadratkilometer afrikanischen Bodens sich im Besitze schwächerer europäischer Staaten befinden und es menschlicher Voraussicht nach zum mindesten fraglich erscheinen muß, ob diese Länder — es sind Portugal und Belgien — auf die Dauer in der Lage sein werden, ihren Kolonialbesitz der zusammen ungefähr noch doppelt so groß wie der des Deutschen Reiches ist, zu behaupten. Der Kongostaat ist schon seit langem ein Schmerzenskind der europäischen Kabinette. Solange er noch der sog. freie Kongostaat war, stand er eigentlich auf den zwei Augen des verstorbenen Königs Leopold II. von Belgien. Das geschäftliche Genie dieses Königs und sein auf Grund weiterverwehrteter verwandtschaftlicher Beziehungen und infolge einer jahrzehntelangen Regierungszeit außerordentlich starker Einfluß auf die regierenden Häuser der Kontinente haben dem Kongostaat nicht nur trotz aller Anfeindungen bisher die Selbständigkeit bewahrt, sondern auch eine nicht unerhebliche kulturelle Entwicklung dieses enormen Landkomplexes ermöglicht. Am Schluß seines Lebens hat König Leopold bekanntlich in der Absicht, seine Lieblingschöpfung auch künftighin vor allen Gefahren zu bewahren, den Kongostaat zu einer belgischen Kolonie machen und damit den belgischen Staat an seine Stelle treten lassen. Es kam keinem Zweifel unterliegen, daß hiermit die Prognose für den weiteren Bestand der Kongostation sich nicht unerheblich günstiger gestaltet hat. Andererseits geben aber die anlässlich des Marokkovertrages zwischen Deutschland und Frankreich geführten Verhandlungen, in denen auch die Kongostation nach den Erklärungen der verschiedenen Minister des Auswärtigen eine wichtige Rolle gespielt hat, doch zu denken. Die französische Regierung besitzt auf Grund alter Abmachungen mit dem König von Belgien ein Vorkaufrecht auf den belgischen Kongo, dem aber bei dem Fehlen jeglicher internationaler Abmachungen nur eine einseitige Bedeutung zukommen werden kann. Es scheint daher, daß die deutsche Regierung den Zeitpunkt der Marokkoverhandlungen für den geeigneten angesehen hat, um bei dieser Gelegenheit die französische Regierung womöglich darauf festzulegen, daß von einer Ausübung dieses Vorkaufrechtes ohne eine entsprechende Kompensation der übrigen interessierten Staaten nicht die Rede sein könne. Bei dem besonderen Interesse, welches dieser Teil der Verhandlungen nicht nur bei der französischen Kammer und im französischen Senate, sondern insbesondere auch in allen englischen Kolonialkreisen gefunden hat, kann man sich der Erkenntnis nicht verschließen, daß eine weitestgehende Kongopolitik mit der Möglichkeit einer Aufstellung des Kongogebiets rechnen wird.

Bisher sind es stets die Engländer gewesen, die in dieser

Frage die treibende Kraft gespielt haben. Sie haben sich in dem vergangenen Jahrzehnt nicht genug daran tun können, über die ihrer Ansicht nach im Kongostaat herrschende Mißregierung und insbesondere über die angeblich von den dortigen belgischen Kolonialregenten verübten Grausamkeiten öffentlich Klage zu erheben. Diese Campaigne ist zurzeit verstummt, woraus sich wohl schließen läßt, daß man in London den geeigneten Augenblick zur Lösung des Problems noch nicht für gekommen hält. Alles das vermag aber naturgemäß nichts an der Tatsache zu ändern, daß die Herrschaft der Belgier, so tüchtige Kaufleute und Ingenieure sie auch sein mögen, ganz einfach wegen ihrer geringen Stärke gegenüber den Großmächten auf schwachen Füßen steht.

Ganz ähnlich — aber in noch verstärkter Maße ungünstig für den Besizer — liegen die Verhältnisse bei den portugiesischen Kolonien. Ueber das Kapitel des Loros dieser Besitzungen könnte man nur ein sic transit gloria mundi als Lehrschrift schreiben. Die einst so stolze Kolonialmacht behauptet diesen letzten Rest ihres Kolonialbesitzes, der allerdings an Größe auch heute noch dem deutschen nur um ein Geringes nachsteht, mit äußerster Schwierigkeiten. Schon zu Zeiten des Königtums war die kolonialistische Betätigung eine äußerst bescheidene. Die mit der Gründung der Republik verbundene Erschlüpfung des Mutterlandes hat sich natürlich auch in der Verwaltung der Kolonien bemerkbar gemacht. Aber all das würde die Frage der portugiesischen Kolonien noch nicht auf die Tagesordnung der internationalen Politik setzen, wenn nicht die Verschuldung der Republik Portugal eine so bedenkliche wäre, daß ein Staatsbankrott nicht als ausgeschlossen gelten kann. Infolge dieser Kalamität dürfte es bereits seit langen Jahren der portugiesischen Regierung unmöglich sein, bei einem entsprechenden saniten Druck seitens der Großmächte den Verkauf ihres Kolonialbesitzes von der Hand zu weisen. Die Voraussetzung hierzu bildet natürlich eine vorausgegangene Einigung zwischen den in erster Linie beteiligten Staaten, das heißt, zwischen Deutschland und England.

Die in den letzten vierzehn Tagen erfreulicherweise in das Bereich der Möglichkeit geratene Herstellung eines dauernden Einverständnisses zwischen beiden Ländern hat auch die Diskussion über die Frage der Aufteilung der portugiesischen Kolonien von neuem angeregt und hat damit auch den 1898 zwischen den beiden Staaten hierüber abgeschlossenen Geheimvertrag aus der Versenkung erlösen lassen. Es läßt sich nicht leugnen, daß das Geheimnis, welches diesen Vertrag umwehlt, außerordentlich gut behütet worden ist, so gut, daß sich die Presse der verschiedenen Länder sogar jetzt darüber gestritten hat, ob er überhaupt noch zu Recht besteht oder bereits abgelaufen ist. Aus dem Umstande, daß über den Inhalt des Vertrages auch weiterhin frampfhaft amtlich geschwiegen wird, sowie aus der abtönenden Erklärung, welche der englische Staatssekretär des Auswärtigen vor wenigen Tagen im Unterhause auf eine Anfrage über den Vertrag abgegeben hat, kann aber wohl mit Sicherheit auf einen Fortbestand der Gültigkeit des Vertrages geschlossen werden. Ueber seinen Inhalt hat bisher unbekanntes stets verlaunt, daß seine Grundlage die finanzielle Mißere des portugiesischen Staates bildet. Die außerordentliche Bereitwilligkeit Englands, die in den seit Abschluß des Vertrages verstrichenen 13 Jahren häufig hervorgerufen ist, den Portugiesen bei ihren verschiedenen, mit einer gewissen Regelmäßigkeit eintretenden finanziellen Notizen zu helfen, läßt nicht darauf schließen, daß die englische Regierung ein allzu großes Interesse an der Ausführung des Vertrages hat. Hiermit würde übereinstimmen, daß weder die leitenden deutschen Staatsmänner, welche den 1898er Vertrag mit ihrer Verantwortlichkeit zu beken hatten, noch ihre Nachfolger jemals eine Inzuffizienz über den Vertrag oder gar ein Bestreben, denselben wieder aus der Welt zu schaffen, haben erkennen lassen. Man darf nicht vergessen, daß das Jahr 1898 ein günstiges für die englische Politik war und daß die endgültige Abrechnung mit den Burenrepubliken, welche für die englische Kolonialpolitik zu einer an Gut und Blut gleich kostspieligen Notwendigkeit geworden war, ein Entgegenkommen insbesondere Deutschland gegenüber damals nur wünschenswert erscheinen lassen konnte.

Der für sein Vaterland allzu frühzeitig erfolgte Tod von Cecil Rhodes, der wohl unbekanntester einer der bedeutendsten Kolonialpolitiker der Welt gewesen ist, und das nicht lange darauf erfolgte Ausscheiden von Josef Chamberlain aus dem politischen Leben, sowie das vorläufige Ende der konföderativen

Mera in England haben auf die Entwicklung der britischen Kolonialpolitik, und zwar nicht nur in Afrika, sondern in mindestens gleichem Maße auch in Asien, verlangsamend eingewirkt. Das Fehlen von politisch ausschlaggebenden treibenden Kräften bei uns, die imstande gewesen wären, eine deutsche koloniale Expansion energisch in die Hand zu nehmen, hat nicht dazu beigetragen, das Tempo der definitiven kolonialen Aufteilung Afrikas zu beschleunigen. Erst durch die englisch-französische Aktion, die mit dem Verzicht Frankreichs auf Ägypten und mit dem Eintreten Englands für die Errichtung eines französischen Protektorats in Marokko ihren Anfang nahm und jetzt mit der Errichtung dieses Zieles durch Frankreich und mit der Erwerbung von zwar im Verhältnis zu der französischen Machterweiterung unbedeutenden, aber für die Zukunft unserer kolonialen Bestrebungen doch nicht unwichtigen Landstücken des französischen Kongos durch Deutschland ihr Ende gefunden hat, ist die große Frage wieder in Fluß gekommen. Und die Oskupierung des letzten noch unter effektiver türkischer Oberhoheit stehenden afrikanischen Landes durch Italien treibt die Dinge naturgemäß weiter vorwärts. Die kommenden Jahre werden daher höchst wahrscheinlich die endgültige Verteilung des afrikanischen Kolonialbesitzes bringen, und es liegt hierbei in der Natur der Dinge und entspricht dem Gang der Weltgeschichte, wie er sich an den Holländern, Spaniern, Portugiesen bereits gezeigt hat, daß hierbei nur solche europäische Länder in Frage kommen können, die ein ausreichendes Maß von überflüssiger und daher in der kolonialen Entwicklung verwerthbarer Kraft besitzen und gleichzeitig stark genug sind, um menschlicher Voraussicht nach, auch für Hunderte von Jahren die Erhaltung eines solchen Kolonialbesitzes verbürgen zu können.

Mittelstandsfragen im Reichstage.

In der Sitzung des Reichstags vom 28. Februar kamen vornehmlich Angelegenheiten des Mittelstandes sehr eingehend zur Erörterung, seine Interessen wurden besonders von den Abgeordneten Dr. Mayer (Zentrum) und Pauli (kons.) vertreten. — Wir geben des Letzteren Rede im Auszuge wieder.

Abg. Pauli: Ich möchte in bezug auf Mittelstandsfragen an den Staatssekretär einige Fragen richten. Die Heranziehung der Fabrikbetriebe zu den Posten der Lehrlingsausbildung ist eine Angelegenheit von großer Bedeutung. Es hat nun darüber im vorigen Jahr im Reichstag des Innern eine Kommission getagt. Man hat aber noch nicht gehört, ob aus dieser Kommission etwas Tatsächliches herausgekommen ist. Wird eine Belegvorlage in die Wege geleitet oder sind die Beratungen der Kommission noch nicht abgeschlossen? Wenn ich recht unterrichtet bin, so ist auch die Frage der Aufhebung des § 100 der Gewerbeordnung Gegenstand der Beratung der Kommission gewesen. Dem Reichsgericht ist es gestattet, die Preise festzusetzen, dagegen verbietet man durch den § 100q den Handwerkern, sich zusammenzutun und die Preise festzusetzen! Damit ist doch keine Gefahr verbunden. Schon die Konkurrenz verhindert, daß die Preise über die ortsüblichen Preise hinausgehoben werden.

Damit hängt die Frage des Submissionswesens zusammen. Durch Ministerialerlaß ist in Preußen eine Verbesserung in dieser Beziehung eingeführt worden. Dieser Erlaß wird aber durch die unteren Behörden wenig berücksichtigt. Was der Hansabund vorge schlagen hat, ist nicht neu und nicht zu verwerten, dagegen können die Vorschläge des Mittelstandes in Dresden eine Grundlage für die Regelung des Submissionswesens bilden. Es ist vorgeschlagen worden, daß die Reichsbehörden Arbeiten an Handwerksgegenständen abgeben sollen. Post und Reichsmilitärverwaltung haben dies auch schon getan. Manche Reichsämter beschwerten sich über unpünktliche Ablieferung, schlechtes Material usw. Um die Beschwerden zu beseitigen, ist von seiten der Handwerker vorgeschlagen. Sachverständige zur Ueberwachung der Arbeiten heranzuziehen. Einen Fall, der bemerksenswert ist, möchte ich Ihnen nicht vorenthalten, er beleuchtet das ganze Submissionswesen. In Sachsis sind Ausschreibungen erfolgt in bezug auf die Verlängerung der Ostmole. Es sind sieben Angebote eingegangen. Eine Hamburger Firma forderte 149.800 M., eine andere Firma nur 75.100 M., eine Firma in Sachsis verlangte 84.200 M. und sie glaubte, die Arbeit um so mehr übertragen zu bekommen, weil sie eine Inlandsfirma ist und schon andere Arbeiten auf Rügen ausgeführt hatte. Statt dessen

erfolgte der Zuschlag auf die billigste Firma, eine Firma in Kopenhagen.

Die deutsche Firma mußte eine Anzahl von Arbeitern einstellen, und das Geld geht nach dem Ausland, bloß wegen einer Differenz von etwa 9000 M. Die Kopenhagener Firma hat sich selbst darüber gemündert, daß ihr der Zuschlag erteilt worden ist, und erklärt, in Dänemark wäre so etwas ganz unmöglich. Allgemein wird darüber geklagt, daß die Reichs- und Staatsbehörden immer die großen Unternehmer der Großstädte bevorzugen, weil sie in dem falschen Glauben sind, daß die Unternehmer und Handwerker in den kleinen Städten und auf dem Lande nicht leistungsfähig seien. Wenn sie keine Aufträge bekommen, können sie quantitativ nicht so leistungsfähig werden, qualitativ sind sie mindestens ebenso leistungsfähig wie der Unternehmer in den Großstädten. Oft erleiden die Behörden dadurch Schaden, daß sie immer den billigsten Unternehmer den Auftrag erteilen, da solche Unternehmer häufig vor dem Bankrott stehen und nun jedes Angebot machen, weil sie glauben, dadurch ihren Kredit wieder heben zu können. Wenn dann nachher doch der Bankrott eintritt, so erleiden die Behörden anfangs der Ersparnisse, die sie machen wollten, oft großen Schaden. In den Lehrplan der Fortbildungsschulen sind Dinge aufgenommen worden, die für das Fortkommen im Berufe gar keinen Wert haben, so z. B. die Fingerkunde und die Verfassung des Deutschen Reichs. (Lebhafter Zwischenruf links.) Diese Dinge gehören nicht in den Lehrplan hinein; dafür sorgen Sie (links) ja schon. Die Konsumvereine schädigen den Mittelstand. Es ist ein großer Unterschied, ob sich Genossenschaften bilden, um die Produktion zu fördern, oder ob es sich um Genossenschaften handelt, die den Detailhandel an sich reißen, und dadurch den Mittelstand ruinieren. (Widerpruch links.)

Wir glauben dem Deutschen Beamtenverein, wenn er schreibt, daß er nicht aus Uebermut, Leichtsinne oder Gefälligkeit gegen den Detailhandel zur Gründung von Konsumvereinen geschritten ist, sie werden lediglich wirtschaftlicher Vorteile wegen gegründet, aber ich richte den Appell an die Beamten, andere Wege zu gehen und nicht zu glauben, daß sie allein die Existenzberechtigung haben. Das Gesetz zur Sicherung der Bauforderungen ist in seinem zweiten Teile noch nirgends in Kraft gesetzt worden, trotzdem der Bauzwinkel blüht. Wie will man denn erkennen, wie der zweite Teil in der Praxis wirkt, wenn man ihn nicht in Geltung setzt? Als die beteiligten Handwerkerorganisationen Verline die Behörden um die Einführung in Berlin angingen, hieß es, es liege noch kein Verlineergebnis dazu vor; ehe nicht der Bauzwinkel in einem Bezirk epidemisch würde, werde man nicht dazu übergehen. Soll das Handwerk erst alles verloren haben, damit das Gesetz in Kraft treten kann? Die Reichsversicherungsordnung bedeutet einen wesentlichen Fortschritt, darin wird die große Mehrheit des Hauses mit mir gegen den Abg. Wurm übereinstimmen. (Zustimmung.) Herr Wurm bezeichnete das Erreichte als eine kleine Abschlagszahlung, eine Leistung von einer Milliarde und darüber! Wir müssen aber Maß und Ziel halten gerade in Interesse unserer Arbeiter, die nicht durch die Konkurrenz des Auslandes brotlos gemacht werden dürfen.

Wir werden fortfahren auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes und der Sozialpolitik, aber wir wissen auch, daß unsere Industrie und unser Handwerk schon an der Grenze der Leistungsfähigkeit angekommen sind; die Laster müssen also besser verteilt werden auf die Schultern der Gesamtheit, nicht allein den Gewerbetreibenden auferlegt werden. (Zuruf von den Soz.) Die Mehrbelastung des Arbeiters ist längst weitgemacht worden durch die Erhöhung der Löhne. (Widerpruch bei den Soz.) Das wissen Sie ja nicht, das weiß ich besser aus eigener Erfahrung, Sie haben ja gar keine Arbeiter! (Lachen bei den Soz.) Von der Regierung verlangen wir eine Verbesserung der Existenz des Mittelstandes auf dem Verwaltungsweg. (Lebhafter Beifall rechts.)

Reichstag.

* Berlin, 29. Febr.

Im Reichstag wurde heute die zweite Beratung des Etats des Reichsanwalts des Innern fortgesetzt. Abg. Wasseremann (natl.) beurteilt den Charakter und Wert der inneren Entwicklung des Deutschen Reiches dahin, daß das Aufsteigen der handarbeitenden Klassen gefördert werden müsse, wobei allerdings die Grenzen nicht überschritten werden dürfen, innerhalb deren die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie noch gewährleistet sei. Gegenüber der Behauptung der Sozialdemokratie, sie allein sei die Urheberin

der deutschen Sozialgesetzgebung, beleuchtete der Redner die Tätigkeit der bürgerlichen Parteien auf sozialpolitischem Gebiete und stellte damit diesen das beste Fähigkeitszeugnis aus. An sozialpolitischen Neuerungen empfahl der Redner die Herabsetzung der Altersgrenze der Invalidenversicherung und eine wesentliche Erweiterung des Renten- und Säuglingszuschuges. Für Ausnahmegeetze würde die nationalliberale Fraktion, so erklärte ihr Führer, niemals und in keiner Weise zu haben sein. Schließlich kam der Redner auf die Haltung der nationalliberalen Partei zu sprechen, die er natürlich in allen Punkten als richtig und notwendig hinstellte, seinerseits aber der Reichsregierung den Vorwurf machte, daß sie zu einer ungeordneten Steuerpolitik die Hand geboten und dadurch viel Unheil angerichtet habe. Hoffentlich, so schloß der Abgeordnete Wegjermann, werde bei den Wehrvorlagen nicht der gleiche Fehler gemacht werden.

Abg. Doormann (Fortfchr. Bpt.) glaubte der deutschen Arbeiterbewegung Anerkennung zollen zu müssen, daß sie sich aus eigener Kraft herausgearbeitet und sehr viel, was ihr früher verweigert geblieben oder nicht erreichbar gewesen war, namentlich durchgesetzt habe. Solche Errungenschaften dürften aber nur auf legalem Wege erreicht werden, alle Ausschreitungen und Uebertreibungen des Koalitionssrechts seien scharf zu verurteilen, und neben einer maßvollen und besonnenen Arbeiterpolitik dürfe in der heutigen Zeit eine zielbewusste, tatkräftige Mittelstandspolitik nicht fehlen.

Der Staatssekretär des Reichsanwalts des Innern Dr. Delbrück nahm nun das Wort, um auf die bisherigen Reden aus dem Hause zu erwidern. Eine Teilung des von ihm geleiteten Amtes, die wieder einmal angeregt worden war, würde nur eine Verschleppung der Geschäfte zur Folge haben. Gegen den Anspruch der Sozialdemokratie, daß sie an der Sozialgesetzgebung des Deutschen Reichs das Hauptverdienst habe, trat auch der Staatssekretär auf; er erinnerte an die geschichtlichen Vorgänge, vor allem daran, daß Kaiser Wilhelm I. und Fürst Bismarck teils aus eigener Initiative, teils in vollem Verständnis für die aus den Kreisen der deutschen Großindustrie hervorgegangenen Anregungen das große nationale Werk der staatlichen Arbeiterfürsorge in Angriff genommen habe. Auf die unwahre und irreführende Darstellung der Sozialdemokratie halte der Staatssekretär die treffende Antwort, daß gerade der politische Radikalismus der Sozialdemokratie die größte Gefahr und Hemmung für den sozialpolitischen Fortschritt ist. (Lebhafter Beifall bei allen bürgerlichen Parteien.) Obwohl dieser Radikalismus der Umstürzpartei an Schärfe nichts verloren hat, ist ein Stillstand in der Sozialpolitik doch nicht vorhanden. Der Staatssekretär erwähnte u. a., daß ein Gesetz wegen Versicherung der Feuerwehrlente, Krankenpfleger usw. in Vorbereitung ist und im Herbst an den Bundesrat gelangen wird. Dagegen muß die Arbeitslosenversicherung, wenn sie kommen soll, seitens der Kommunen verwirklicht werden. Der Staatssekretär erwähnte weiter mehrere Bundesratsverordnungen über Einrichtungen in Metallschleifereien und in Präzisionswerkstätten, die er teilte im Anschluß daran mit, daß die Bundesratsverordnungen von nun an durch mehr allgemeine Normen ersetzt werden sollen, für die seitens der Gewerbeaufsichtsbeamten mit Rücksicht auf die Eigenart der einzelnen Betriebe die erforderlichen Unterlagen zu schaffen seien. In dieser Individualisierung sehen die verbündeten Regierungen einen großen Fortschritt. Betreffs der Wohnungsfrage deutete der Staatssekretär an, daß, wenn die Bundesstaaten verfallen sollten und ein Reichs-Wohnungsgesetz nötig werden sollte, diesem die in Desterreich getroffene Einrichtung, ein Wohnungsbau-Darlehensfonds mit Zinsgarantie, zugrunde gelegt werden solle. Das Koalitionsrecht, so betonte der Staatssekretär, ist für Arbeitgeber und Arbeitnehmer hinreichend gewährleistet; Tarifverträge seien wünschenswert als eine Art bewaffneter Friede, jedoch sei Voraussetzung die Zustimmung beider Teile, und dafür sei gerade jetzt nach dem Scheitern des Gesetzes über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine wenig Aussicht vorhanden. Eine Verschärfung der Strafbestimmungen, die bei Streikvergehen in Frage kommen, bezeichnete der Staatssekretär als nicht erforderlich; die Gerichte gehen schon jetzt gegen derartige Ausschreitungen mit genügender Strenge vor. Der Staatssekretär schloß mit der Mahnung, die Organisationen im Wirtschaftsleben möchten sich davor hüten, den Boden zu überspannen, weil dadurch sowohl die wirtschaftlichen wie die sozialen Interessen mit ernstester Gefahr bedroht werden können. (Lebhafter Beifall.)

Nach dem Staatssekretär wandte sich Abg. v. Camp (Rp.) in scharfer Polemik gegen die Sozialdemokraten, die ihrerseits mit lärmenden Zurufen antworteten. Abg. v. Camp glaubte zu der Beschwärde Anlaß zu haben, daß der amtierende zweite Vizepräsident ihn nicht geküßelt habe.

Vizepräsident Dove verbat sich diese Kritik seiner Geschäftsführung.

Italien und die Türken.

* Debiat, 28. Febr. Der Hügel Meghreb, der das Gelände vor Homs beherrscht, und der gestern morgen von 14 000 Italienern, die in drei Kolonnen angriffen, erobert worden war, wurde am Nachmittag durch einen türkischen Gegenangriff wieder genommen. Die Türken machten glänzende Angriffe mit dem Bajonett und warfen die linke Flanke der Italiener auf Homs zurück. Nachdem das italienische Zentrum ebenfalls zurückgewichen war, überschüttete die italienische Feldartillerie, unterstützt von den schweren Geschützen der Flotte, den Hügel mit Schrapnells und Granaten. Dadurch wurde die Stellung der Türken auf dem Hügel unhaltbar, sie mußten sie im Laufe der Nacht räumen und zogen sich aus dem Bereiche der italienischen Artillerie zurück. Der Kampf wurde oft auf sehr kurze Entfernung geführt. Die Türken verloren einen verwundeten Offizier, 20 Tote und 80 Verwundete, die Italiener verloren angeblich fast 600 Tote, bei den auf ihrem linken Flügel kämpfenden Truppen. Ihr Gesamtverlust wird auf 1000 Tote angegeben. Die Garnison von Homs, die bisher 4000 Mann betragen hatte, ist erst kürzlich um 10 000 Mann verstärkt worden.

* Paris, 29. Febr. „Matin“ meldet aus Rom: Rumnehr haben auch Deutschland und Oesterreich-Ungarn ihre Zustimmung zu der von dem russischen Minister des Aeußern Sofanov gemachten Vorschlag, bei der Pforte auf eine Beilegung der Streitigkeiten hinzuwirken, abgegeben. Dies bedeutet zwar nicht den Frieden und sogar nicht einmal eine sofortige Vermittlung, aber es ist ein sicherer Weg zur Beilegung der Differenzen und zur Lösung der bestehenden Meinungsunterschiede, der angesichts der herrschenden Konflikte auf dem Balkan notwendig geworden ist, geschaffen.

Bergarbeiterstreik in England?

* London, 29. Febr. Die Regierung hat den Parteien die bereits gemeldeten Vorschläge gemacht, die u. a. die Entscheidung in die Hand des Regierungsveterärs legen, falls sich die Parteien nicht einigen können. Mit diesen Vorschlägen der Regierung erklärten sich, wie gleichfalls gemeldet, die meisten englischen Minenbesitzer einverstanden; aber die Minenbesitzer von Süd-Wales, Northumberland, Schottland, Forest of Dean, Somerset und Bristol bleiben hartnäckig bei ihrer Weigerung, sich auf Verhandlungen mit den Arbeitern einzulassen. Aber auch die Vertreter der Arbeiter selbst erklärten, ihre Mandate erlaubten ihnen nicht, sich in irgendwelche Verhandlungen einzulassen, ehe nicht der Mindestlohn von 7½ Schilling den Tag von allen Minenbesitzern in Großbritannien angenommen sei. So hat die Regierung keiner der beiden Parteien mit ihren Vorschlägen einen Dienst geleistet, und die Stimmung ist erbitterter denn je.

* London, 29. Febr. Die Bemühungen der Regierung, die Vergleite mit den Minenbesitzern auszuwählen, sind fehlgeschlagen. Nichts kann den Nationalstreik mehr verhindern. Gestern nacht waren bereits 130 000 in den Ausstand getreten, heute nacht werden über eine Million Arbeiter feiern.

Deutsches Reich.

* Berlin, 29. Febr. (Hofnachrichten.) Se. Maj der Kaiser konferierte heute wiederum mit dem Herrn Reichskanzler.

* Kiel, 29. Febr. Die Reisejacht „Hohenzollern“ hat heute morgen gegen 4 Uhr unter Befehl des Kapitäns zur See Karpf die Ausreise nach Pola angetreten; unterwegs wird nur Gebraucht angelassen, wo Kohlenvorräte aufgenommen werden. Der Begleitdampfer „Kolberg“ fährt am 5. März ab; das Dampfschiff „G 175“ tritt von Wilhelmshaven aus die Reise an.

Provinz und Umgegend.

* Cauchstedt, 29. Febr. Zu der Wilderer-Affäre bei Hohenweiden wird der „S. Z.“ u. a. berichtet: Lenz nahm Stellung hinter einem Baum und feuerte einen Schuß auf die Wildbiede ab, ohne zu treffen. Jetzt gab ein Wilderer ebenfalls Feuer und traf den Förster mit einem Repostengeschloß in die Brust. Schmer verlegt brach der Beamte zusammen, während die

Bruno Freytag, Halle a. S.

Leipzigerstr. 100

erlaubt sich den Eingang von

Gegründet 1865

Neuheiten

Kleiderstoffen in Seide, Wolle und Baumwolle : : : :
Damen-Konfektion: Kostüme, Kleider, Paletots, Blusen, Röcke etc.
Backfisch- und Kinder-Garderobe
anzuzeigen.

Billigst gestellte Preise bei reichster Auswahl.

Anfertigung von Toiletten jeder Art und Kostümen in bester und preiswerter Ausführung.

Leinenwaren — Wäsche — Teppiche — Gardinen — Dekorationen.

Muster- und Auswahl-Sendungen nach auswärts postfrei.

Widderle davon. Der Begleiter des Försters sorgte für dessen Transport nach Neudorf, wo er die erste ärztliche Hilfe erhielt und dann nach Halle geschickt wurde. Am Dienstag morgen nahm die Gendarmerei sofort die Ermittlungen auf. Die Polizeibehörde aus Naumburg und Halle wurden herangezogen, aber ohne Erfolg. Schließlich wurde Polizeiwachmeister Rops aus Merseburg mit seinem Polizeihund „Greif“ herbeigekufen. Dieser nahm sofort an einer am Latore zu rückliegenden Mühle Witterung und verfolgte die Spur bis Benndorf, wo er den Tagelöhner Wagner und dessen Sohn (Muh heißen Bruder. Die Red. des „Kreisbl.“ stellte. Beide wurden dann nochmals auf Grund einer Witterung an den Seiten am Latore selbst von dem Polizeihund „Greif“ verbellt. Vater und Sohn wurden verhaftet und nach Halle in das Gefängnis transportiert, wo sie auf Grund der Ueberführung durch den Polizeihund „Greif“ schon beim ersten Verhör die Tat eingestanden.

Halle, 29. Febr. Ein aufsehenerregender Gefangenentransport begab sich gestern in der 6. Abendstunde durch die Straßen der Stadt. Von zwei Gendarmen eskortiert, wurden die Finke am Riemen über die Achsel gefesselter, die beiden durch den Polizeihund „Greif“ entbeden Mörder des Privatförsters Lenz-Benndorf, der Tagelöhner Wagner und sein Sohn, dem Gefängnis zugeführt. Von den beiden unansehnlichen Gestalten war der eigentliche Mörder, der Sohn, schwer gefesselt. Der seltsame Zug war natürlich der Anziehungspunkt aller Passanten und eine hundertköpfige Schar von Schulfingern ließ es sich nicht nehmen, den beiden Verhafteten in ungehämmer Weise das Geleite zu geben. Die Gendarmen hatten oft Mühe, die Schar der Jungen und Mädchen abzuwehren.

Görsen, 26. Febr. Die Selbstmordaffäre des Stadtkammerers Schod hat, so weit das „Volksblatt für Anhalt“ zu berichten doch nicht einen so harmlosen Hintergrund, als das bisher dargelegt wurde. Es steht bis jetzt fest, daß ein von der Bahn entrichter Steuerbetrag in Höhe von 6000 M. nicht verwendet worden ist. Ferner soll Sch. stark an Münzgeldeben vergriffen haben. Gerichtliche Verlaute, daß auch die Sparrücklagen nicht stimmen sollen. Alles ist jetzt mit Revisionen auf dem Rathaus beschäftigt. Sch. soll große Umwendungen gemacht haben — böse Zungen behaupten, er sei im Besitz von 31 Anzügen (!) gewesen, — die er unumgänglich von seinem Gehalte befreiten konnte. Ein interessanter Zusatz ist es, daß der Vorgänger Schods, der Kammerer Reichardt, ebenfalls durch Selbstmord aus dem Leben geschieden ist. Auch damals sollen Unregelmäßigkeiten vorgelegen haben.

Tiefenort, bei Weimar, 28. Febr. Ein hiesiger Landwirt streute Thomasmehl auf seinen Acker. Er litt an einem Jahrgeschwür; von dem Düngemittel kam etwas in die Wunde, und an Blutvergiftung mußte der junge Mann sterben.

Rebdigau, Kr. Salzweil, 28. Febr. Das Birtwid ist in diesem Jahre ganz gut durch den Winter gekommen. Während des strengen Frostes kam das Junst-jo scheinu Bild bis in die Gärten; jetzt trifft man große Scharen von Birtführern am Waldebesande auf den Feldern. Man sieht bis 50 Stück bei einander; doch lassen sie den Jäger nicht bis auf Schußweite heran.

Münchensberndorf, 28. Febr. Ein Spatzvogel hatte sich den Jagdschützern erlaubt, auf Dienstag abend zu einer Versammlung im „Sirsch“ einzuladen. Ein Redner sollte über das Thema sprechen: „Wir brauchen tiefe Eisenbahn nach Roda!“ Mehrere Personen hautes sich eingeladen, um dem Einberufer den Standpunkt klar zu machen, denn nichts wird hier fehnlicher gewünscht als die Fortführung der Eisenbahn a note Linie Gera—Weimar. Es handelte sich aber nur um eine Eulenspiegelerei.

Cofales.

* Merseburg, 1. März.

Vom agl. Lehrerseminar. In der gestrigen Präparanden-Aufnahmepprüfung wurden 16 Schüler für die dritte, 4 für die zweite und 2 für die erste Klasse der Präparandenanstalt aufgenommen.

Der Bürgerverein für städtische Interessen hatte auf gestern abend zu einer Versammlung ins „Tioli“ einberufen. Herr Stadtvordneter Frauenheim eröffnete dieselbe mit dem Bemerkten, daß der im Herbst v. Js. anlässlich der Stadtvordneterwahlen zusammen getretene „Eingere Ausschuß“ als ständige Institution beibehalten werden solle, um in etwaigen dringenden Fällen folgende eine geeignete Körperchaft zur Hand zu haben. — Der Vorstand, der im verfloffenen Vereinsjahr fungiert hat, wurde wieder gewählt, an Stelle des Herrn Runtz, zu dessen ehrendem Andenken sich die Anwesenden von ihren Sigen erhoben, wurde Herr Landessekretär Wente gewählt. — Betreffs der Aufschüttung von Kies an den Bäumen des Wölffelschen Grundstücks in der Schulstraße, erklärt man sich von dem Anschreibz des Magistrats befriedigt. — Die Jahresrechnung wurde vorgelesen, geprüft, für richtig befunden und entlastet. — Alsdann wurde über den Rathaus-Umbau debattiert, worüber an anderer Stelle der vorliegenden Nummer berichtet wird.

Bernhards Armband. Zu einem Juwelier in der Gottedtstraße kam gestern ein etwa 26—30 Jahre alter Mann und ließ sich mehrere goldene Armbänder vorlegen, die ihm aber alle nicht gefielen, indoh er sich schließlich, ohne zu kaufen, entfernte. Mit dem Unbekannten war gleichzeitig ein goldenes Kettenarmband im Werte von ca 50 M. verschwunden. Der Fremde hat schwarzes Haar, schwarzen Schnurrbart, trägt grauen Sackel-Anzug und steifen Hut.

Der Rathaus-Umbau in Merseburg.

* Merseburg, 1. März.

Der „Bürgerverein für städtische Interessen“ hatte auf gestern abend ins „Tioli“ zu einer Versammlung eingeladen, und obich er nicht gerade stark besucht war, so gestaltete sich die Debatte, die von 9 bis 3/12 Uhr dauerte und fast ausschließlich über den Rathausbau betraf, doch höchst interessant.

Von Stadtvordnerten wohnten der Versammlung bei die Herren Frauenheim, Dietrich, Rügow und Ege.

Nachdem die Formalitäten erledigt worden waren, worüber an anderer Stelle der vorliegenden Nummer berichtet wird, ergriß das Wort Herr Tischlermeister Borsdorff sen., welcher beide Rathhäuser als alt, das ältere aber als „uralt“ bezeichnete, eine Bezeichnung, die denn auch von den einzelnen Rednern während der Debatte beibehalten wurde und die auch diesseits für etwaige weitere Artikel übernommen werden wird. Herr Borsdorff bemerkte, selten habe ein Projekt eine so nachdrücklich, fast einmütige Ablehnung in der Bürgerchaft erfahren, wie der geplante Umbau des uralten Rathhauses. Wenn man die Umbaufosten auf 40 000 M. beziffere, so habe man wahrscheinlich nach dem Baubefund geschätzt, wie er sich oberflächlich dem Auge darbiete, man habe aber nicht berücksichtigt die heimlichen Mängel, welche sich bei so alten Bauwerken meist erst herauszufinden pflegten, wenn man anfangs, größere Reparaturen vorzunehmen, und wer garantiere denn dafür, daß sich nicht Fäulnisarbeiten an allen möglichen Stellen herausstellen und dadurch ganz ungeheure Kosten entstehen würden? Zudem, sollte der Umbau wirklich glücken, begebe man sich selber der Möglichkeit, die Delgrube an jener Stelle zu verbreitern, und das sei doch dringend notwendig. Im übrigen liege ihm persönlich daran, daß in der Versammlung offene Ausprache gepflogen werde, denn die Sache werde in der Bürgerchaft viel besprochen. So viel könne er aus seinen Erfahrungen als Bauhandwerker sagen, daß derartige Umbauten jo alter Bauwerke die aufgestellten Kosten-Voranschläge um ein vierfaches übersteigen würden.

Herr Genz ist der Ansicht, daß die städtischen Behörden möglichst in einem einzigen Gebäude zentralisiert sein möchten. Herr Stadtvordneter Grempler führt aus, daß man zunächst das Oberquartier darüber abwarten müsse, ob das uralte Rathaus noch Reparaturen, resp. einen Umbau vertragen. Sei es de rfall, so würde nicht nur das Nahrungsmittel-Untersuchungsamt, sondern auch die Sparrasse hinein verlegt werden können und man werde, selbst wenn der Aufwand 40 000 M. bezifferte Voranschlag erheblich überschritten werden sollte, immer noch erheblich billiger wegkommen, als wenn man ein neues Rathaus baue, das unter einer halben Million sich wohl schwerlich werden herstellen lassen.

Herr Frauenheim ist aus finanziellen Gründen gegen den Bau eines neuen Rathauses in jetziger Zeit; die Stadt habe zu viel andere Dinge vor, das Markt-Rathaus befände sich noch in leidlich gutem baulichem Zustande und könne noch mindestens für eine Generation aushalten.

Herr Wentel ist für die andere Räume der Sparrasse und des Unter-Amtes, da ein Neubau das Dreifache kosten werde (Auf: Das Zehnache!) Man könne allmählich einen Fonds für einen Rathaus-Neubau annehmen.

Herr Künne ist für einen Umbau, den man entsprechend hoch ausführen müsse; auch könne man die Partie am Rathauschen vielleicht niederlegen und mit als Bauplatz verwenden.

Herr Schreyer findet es schwierig, zu beurteilen, ob das uralte Rathaus noch einen Umbau vertragen oder nicht; es sei voreilig, dies zu betreiben, ebenso voreilig, es zu behaupten. Man möge zunächst ruhig abwarten.

Herr Stadtvordneter Dietrich führt aus, die Sache sei sehr reiflich erwogen und geprüft worden, Baudeputation und Magistrat seien sehr vorsichtig zu Werke gegangen, ehe sie der Stadtvordnerten-Versammlung die betannte Vorlage unterbreiteten, und man sei im Kollegium einmütig über das Vorhaben gewesen, daß sich in der Sitzung am Montag vor 14 Tagen die beiden Herren Sachverständigen des Kollegiums so stritte ablehnend verhalten hätten. Geeignete Räumlichkeiten für das Unter-Amt müßten beschafft werden, wenn man dieses Amt hier behalten und die Wünsche der höheren Reichsregierungsbeamten erfüllen wolle. Mit einem Neubau sei es eine schöne Sache, er koste aber ca. 600 000 M., Zinsen und Amortisation würden dann ca. 30 000 M. jährlich erfordern, man möge die Sache drehen und wenden, wie man wolle, der Umbau im uralten Rathaus werde immer das billigste Auskunftsmitel bleiben. Veranschlagt worden sei derselbe mit 40 000 M., es sei beschämend, daß man den städtischen Baubeamten, die sich zu dem bestimmten Zwecke der Material-Untersuchung 14 Tage lang im uralten Rathaus einlogiert hätten, so wenig Vertrauen entgegen bringe, die sich doch dahin ausgesprochen hätten, der Umbau sei zu bevorzugen, und das mit 40 000 M. Wollte man aber wirklich 50 000 M. rechnen, so sei das doch immer kein Vergleich mit der hohen Million, die ein Neubau kosten würde.

Herr Rügow führt aus, über die Unkosten, die ein separater Neubau für eine Sparrasse erfordern würde, sei Herr Wentel ziemlich leicht hinweggegangen, für den städtischen Etat sei es aber von großer Wichtigkeit, wie viel die Sparrasse einbringe; je weniger sie für Hofmietz aufzuwenden habe, um so günstiger für ihre Lebensfähigkeit. Er (Redner) habe nun allerdings nicht den Optimismus, wie Herr Dietrich, daß man den Umbau im uralten Rathaus werde mit 40 000 M. bewerkstelligen können, immerhin habe er die Ueberzeugung, daß der Umbau, selbst wenn er das Doppelte kostete, für den Steuerzahler noch immer vorteilhafter sein werde, als ein Neubau, und auf eine Generation hinaus würden, sobald der Umbau fertig sei, die Räume für die städtische Verwaltung wohl ausreichen.

Herr Stadtvordneter Ege: Die Sache mit dem Umbau sei wohl aufgeschoben, aber nicht aufgehoben. An einen Neubau sei vorläufig gar nicht zu denken, weil die Stadt kein Geld dafür habe.

Herr Tisch: Einer der Herren Vorredner habe schon zugegeben, daß der Umbau wohl das Doppelte des Voranschlags also schätzungsweise 80 000 M. kosten werde und in 30 Jahren werde man dann doch ein neues Rathaus nötig haben. Wenn ein kaufwilliger Privatmann vor der gleichen Frage stehe, so werde dieser nicht erst 80 000 M. verbauen, wenn er die Gewißheit habe, später doch einen Umbau ausführen zu

müssen. Zudem bleibe dann die so dringend nötige Verberterung der Delgrube wieder für unbestimmte Zeit ruhen.

Hiermit schließt die Distuktion, eine Resolution wird nicht gefaßt.

Aus der angeregten Debatte vermochte man zu entnehmen, daß die Abneigung in der Bürgerchaft gegen den Umbau des uralten Rathauses ziemlich allgemein und ziemlich groß ist. Klar ist, daß der Plan für ein neues Markt-Rathaus, auch wenn vier Stadtwerte aufgesetzt würden, wie einer der Redner bemerkte, kein allzugroßer ist, und wenn die Hinterhäuser erst noch angekauft werden sollten, so würde sich das ganze Projekt eines Neubaus derart verteuern, daß es die Stadt Merseburg nicht zu tragen vermöchte. Referent-Räume müssen unbedingt disponibel sein, entweder im uralten Rathaus, sofern der Umbau glücken sollte, oder, ist dies nicht der Fall, so wird sich der Ankauf einer größeren Liegenschaft in der Nähe des Marktes über kurz oder lang als zwingend notwendig herausstellen.

Alle vier anwesende Herren Stadtvordnerten betonten, die Stadt habe — wohlgerne für einen Rathaus-Neubau — zur Zeit kein Geld. Schön! Die Herren haben aber nicht gesagt, daß die Stadt auch für andere Zwecke kein Geld habe, von dritter Seite bis auf weiteres als unnötig bezeichnet werden, als da sind beispielsweise Schlachthaus und Transformator-Anlage für ein Elektrizitäts-Werk.

Die finanzielle Seite mit dieser Transformator-, überhaupt der ganzen elektrischen Anlage ist stark bestritten, von Fachleuten und Laien. Wie wäre es nun mit folgendem Ausweg: Da ein Rathausneubau auf die Dauer sich ja doch nicht umgehen läßt, so legt die Stadt jährlich 10 000 M. zu einem Rathaus-Neubau-Fonds, 30 Jahre lang, Zins auf Zins, zurück. Da aber angeblich 8 Privatfirmen da sind, die Merseburg gern mit Elektrizität versorgen möchten, so erhält eine derselben, die die besten Chancen bietet, die Konzession auf 30 Jahre und was sie dafür zu zahlen hätte, gilt als Beitrag zu den oben erwähnten 10 000 M. Wie viel 10 000 M. Zins auf Zins gerechnet, in 30 Jahren ausmachen, mögen die Herren Mathematiker ausrechnen, es wird dann aber zu einem Neubau wohl ungefähr reichen.

Richter und Ordensverleihungen.

Von einem hohen richterlichen Beamten wird der „S. Z.“ geschrieben: In der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 21. Februar sind die Worte gefallen: „Die Generalordenskommission scheint die Richter für mittlere Beamte anzusehen.“ Die Worte sind aus dem Hause mit dem Zuruf: „Sehr richtig!“ begleitet. Der anwesende Justizminister hat zu ihnen geschwiegen. Sie entsprechen den Tatsachen. Deshalb das Folgende: Die 5 zuletzt ernannten, die Oberlandesgerichtspräsidenten von Stettin, Köln, Celle, Kiel und Marienwerder haben eine Zeitlang ihres Amtes gewartet, bevor ihnen eine höhere als die unterste, die 4. Klasse, des Roten Adlerordens verliehen ist. Bei dieser Ordensauszeichnung der Leiter der Rechtspflege einer ganzen Provinz soll es verbleiben. Nach der bestehenden Praxis rückt auch in Zukunft kein Oberlandesgerichtspräsident schon mit der 3. Klasse dieses Ordens in sein Amt. Von den Landesrichterspräsidenten und Staatspräsidenten hat nämlich kein letzter Ordensstufe erst der Jahrgang 1903 die dritte Klasse erhalten, und dieser Jahrgang kommt für die weitere Beförderung zum Oberlandesgerichtspräsidenten nicht mehr in Betracht. Aber weiter: von den obigen 5 Oberlandesgerichtspräsidenten haben inzwischen die drei ältesten den Rang der Räte erster Klasse erreicht. Ueber die dritte, auch mittleren Beamten noch zugängliche, Klasse des Roten Adlerordens sind sie dabei nicht hinausgekommen. In den Kreisen der preussischen Richter regt sich von neuem der Wunsch nach einem völligen Ausschluß von den Ordensverleihungen.

Der Gendoltdauer Kollisionsprozeß.

Der Zeuge Jahnst ist für Krautauer Bahndirektor, der den Angeklagten Damazy Maczoch verhaftet hat und dem Maczoch nach längerem Weigern ein Gefängnis abgelegt hat. Maczoch sei schon längere Zeit verfolgt worden. Man hatte zunächst keine Spur verloren, dann aber kam die telegraphische Meldung, daß er bereits in Detmold sei und zwar auf dem Wege nach Krautau. Als Maczoch den Zug von der Krautauer Bahnhof verließ, sei er (Zeuge) an ihn herangetreten, und abhe ihn gefragt: „Sind Sie Damazy Maczoch, der den Mord im Kloster Sosna Gera verübt hat?“ Maczoch war sehr bestürzt und antwortete, daß er Maczoch heiße. Darauf habe ich ihn verhaftet und zum Polizeiamt geführt. Man fand bei ihm Legitimationspapiere, etwa 400 Rubel in bar und zwei Pässe der Helena Krzyszomowska, von denen einer für das Ausland galt. Ich fragte ihn, weshalb er nach Krautau gekommen sei? Maczoch antwortete mir, er habe sich hier einen Zinsauszug kaufen wollen, und dann sich in Detmold den Gerichten zu stellen. Er hat mir dann ein Geständnis abgelegt folgenden Inhalts: Am 23. Juli sei der Posthalter Wacław Maczoch nach Gendoltdau gekommen und habe bei ihm in seiner Zelle im Kloster gewohnt; etwa um 10 Uhr abends habe Wacław ihn in Wacławsdorf verhaftet. Dabei sei Wacław in große Aufregung geraten und er habe ihm auf seine Beleidigungen geantwortet, daß er (Wacław) ein Grünschnabel sei. Wacław habe ihm eine Dreifache gegeben und wollte die Zelle verlassen. Da habe er in seiner Wut ein Beil ergriffen, und Wacław einen Schlag auf den Kopf gegeben. Als Wacław am Boden lag, habe er ihm noch einmal einen Schlag gegeben, dann habe er dem aus dem Boden hervorbrechenden Wacław nach schnell die Wölffelschen erstickt und ihn schließlich erstickt. Der Mord erklärte dann aber, daß er die Tat in der Erregung verübt habe und nicht gewiß habe, was er tue.

Präsident: Hat Ihnen Maczoch nichts über seine verbrecherische Liebe zu der Frau des Ermordeten, der Helena Krzyszomowska, erzählt? Zeuge: Jahnst, er sagte mir, daß er mit dieser ein Verhältnis gehabt habe. Er habe Helena, die die Tochter des Postbeamten Krzyszomowska in Lodz war, im Jahre 1903 kennen gelernt, als sie zu ihm zur Weichte kam. Er habe sich sofort in sie verliebt und es verstanden, sich ihr zu nähern. Das Verhältnis war aber zunächst ein rein platonisches, gestillte sich lobann aber zu einem intimen. Helena war damals Telegraphistin in Lodz und hatte sich dann in den Schloffer Butract verlobt, dem sie auch, trotz der Bestrebungen Damazy Maczochs, nach Wacławsdorf folgte. Trotzdem habe Maczoch sie auch in Wacławsdorf unterhalten und auf ihren Namen schließlich sogar 5600 Rubel bei der Sparrasse deponiert. Er habe alles verübt, die Liebe Helenas wieder zu gewinnen. Zu diesem Zweck ist ihm der Gedanke gekommen, Helena mit seinem eigenen Wölffelschen Bruder zu verheiraten. Zunächst ist auch ein Bruder damit einverstanden gewesen, nachdem ihm 10 000 Rubel Müßig verprochen worden waren. Franz Maczoch war Gemeindefreier in Lipic mit einem sehr bescheidenen Einkommen. Es fand die Verlobung statt und der Tag der Hochzeit war bereits festgesetzt. Da habe

